

# **Zwischen Workless Poor und Working Poor**

von Martin Schenk

Ich werde über das Zwischenreich zwischen Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit, über Armut trotz Arbeit und Armut ohne Arbeit sprechen. In diesem Korridor spielt sich der Gegenstand der heutigen Tagung ab: die Frage nach Arbeitsmarktinstrumenten, die Teilhabe ermöglichen, nicht Zwangseinschluss, die Armut vermeiden und sinnvolles Tätigsein eröffnen.

## **1. Arbeiten zum Nulltarif: Auf Widerruf gewährt**

*„Über eine Leasingfirma musste ich in einem Produktionsbetrieb anfangen. Sechs bis drei Uhr Akkordarbeit. In der zweiten Woche wurde ich und KollegInnen gedrängt Mittwoch, Donnerstag und Freitag um vier Uhr früh anzufangen. Ich kam der Aufforderung natürlich nach, ich wollte unbedingt die zugesagte feste Anstellung. In zehn Stunden klebte ich 15 000 Pickerl. Währenddessen ich mich auf das Wochenende freute, kam kurz vor Mittag die Vorgesetzte und sagte, ich sei gekündigt. Einfach so. Ohne Grund.“*

Die Betroffenen pendeln zwischen prekären, schlecht bezahlten Jobs und Arbeitslosigkeit. Sie erzählen sie von einem Alltag, der in der Öffentlichkeit unsichtbar gemacht ist.

Werbezettel austragen für einen Hungerlohn? Selbständig sein zum Schein, dafür einen Chef haben in echt? „Was ist da neu?“, fragt Beran, der seit 20 Jahren in Österreich von Billigjob zu Billigjob wechseln muss.

Unsichere Jobs, keine Sozialversicherung, miese Bezahlung - das ist nichts Neues. Schon seit Jahren schlagen sich damit tausende herum: Frauen im Niedriglohnsektor, MigrantInnen in halboffiziellen Hilfsarbeiten am Bau und im Haushalt, Menschen mit psychischen oder physischen Beeinträchtigungen.

Jetzt dringt Prekarität in die Mitte vor. Solange sie am Rand blieb, war sie eine Frage für Minderheiten, treffen Abstieg und verwehrter Einstieg auch die Mittelschichten, wird sichtbar, was bisher im Dunkeln war.

Arbeit schützt vor Armut nicht. Jetzt schon leben ca. 150 000 Menschen<sup>1</sup> (Statistik Austria, 2009) in Österreich in Haushalten, in denen der Verdienst trotz Erwerbsarbeit nicht reicht, um die eigene Existenz -und die der Kinder- zu sichern. Manifest arm. Die Betroffenen weisen

einen schlechten Gesundheitszustand auf, leben in feuchten, schimmigen Wohnungen, können ihren Kindern nur eingeschränkte Zukunftschancen bieten. Die Richtsatzergänzungen in der Sozialhilfe, das sind jene Leistungen, die auch bei zu geringem Erwerbseinkommen ausbezahlt werden, haben in den letzten Jahren rasant zugenommen.

Für die einen bedeuten prekäre Jobs eine Vergrößerung ihres persönlichen Handlungsspielraums, für andere eine unfreiwillige Beschränkung.

Jobs wie diesen machen die meisten doch ohnehin nur zur Überbrückung und bis sie was Besseres gefunden haben, meinen viele. Und freilich wünschen sich die betroffenen ArbeitnehmerInnen auch wirklich rasch einen anderen und besseren Job. Studien belegen jedoch, dass viele Working Poor aus ihrer schlechten Situation nicht mehr oder nur schwer herauskommen. So hat das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo (2006) aufgezeigt, dass in Österreich nur ein Viertel der geringfügig Beschäftigten nach zwei Jahren in ein Beschäftigungsverhältnis mit Sozialversicherung wechselt. Der Anteil der „Menschen ohne Ausweg“ aus der geringfügigen Beschäftigung hat sich bereits auf 41 Prozent erhöht. Besonders Frauen haben nur eine geringe Chance, aus der Geringfügigkeit heraus zu kommen.<sup>ii</sup> Für Deutschland zeigen Studien, dass es für mehr als 70 Prozent der Billigjobber keinen Aufstieg in höhere Lohnsegmente gibt. „Die in Plädoyers für die Einführung eines Niedriglohnsektors häufig verwendete Behauptung, Niedriglohn sei ein Sprungbrett in höhere Einkommensschichten, wird durch unsere Ergebnisse mehrheitlich widerlegt“<sup>iiii</sup>, so die StudienautorInnen Hans-Jürgen Andreß und Anne Krüger (2004). Vielmehr führen die genannten Jobs für die Mehrheit zu einer dauerhaften prekären Einkommenslage ohne Ausstieg.

So werde ich Auftraggeber für mich selbst- als neuer Elendsunternehmer und Scheinselbständiger darf ich das angebliche Abenteuer der Freiheit als wirklichen Zwang in die Unfreiheit erfahren. Die unfreiwilligen ICH-AGs haben alle Nachteile eines Unternehmers ohne seine Vorteile genießen zu dürfen.

Papperlapp, sagen dann die Berater auf den Wirtschafts- und Lebensseiten der Magazine: Sei besonders! (sonst wirst du ausgesondert). Wer am eigenen Leibe sozialen Absturz erfährt, soll nämlich das Desaster zur wertvollen Erfahrung und zur Basis künftiger Triumphe umphantasieren - oder sich eben ganz verstecken. Sozialer Absturz ist unterlassene Hilfeleistung gegenüber dir selbst!

Mit unsicheren Jobs geht ein Mangel an Anerkennung und Belohnung einher. Leben am Limit kränkt. Hohe Beanspruchung bei gleichzeitig niedriger Anerkennung des Geleisteten macht verletzlich. Der belastende Alltag am finanziellen Limit bringt keine „Belohnungen“ wie besseres Einkommen, Anerkennung, Unterstützung oder sozialen Aufstieg. Eher im Gegenteil, der aktuelle Status droht stets verlustig zu gehen. „Gratifikationskrise“ wird das in der Gesundheitsforschung genannt. Sie wirkt besonders bei Menschen, die in Randbelegschaften und in prekären Billigjobs arbeiten. Die Folge: besonders hohe Herz-Kreislauf Erkrankungen.

Leben am Limit geht unter die Haut. Die so genannte Managerkrankheit mit Bluthochdruck und Infarktisiko tritt bei Armutsbetroffenen dreimal so häufig auf wie bei den Managern selbst. Aber nicht weil die Manager weniger Stress haben - sondern weil sie die Freiheit haben, den Stress zu unterbrechen: mit einem guten Abendessen oder einem Flug nach Paris. Sie können sich Erholung wählen, was die anderen nicht können. Den Unterschied macht die Freiheit.

Die Freiheitsfrage liegt im Begriff „prekär“. Unsicherheit ist eine zu schwache Übersetzung. Eigentlich heißt „precarious“: durch Bitten erlangt, aus Gnade bekommen, auf Widerruf gewährt. Das beschreibt ein abhängiges und freiheitsbeschränkendes Verhältnis.

Ein niedriges Erwerbseinkommen schlägt sich in nicht-existenzsichernden Sozialleistungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und in der Pension nieder. Wer sein Leben lang in prekären Jobs arbeitet, wird keine existenzsichernde Pension zusammenbekommen, das Arbeitslosengeld und die Notstandshilfe sind so gering, dass man im Falle von Jobverlust davon keinen Tag überleben kann.

In Österreich sind über 100 000 Menschen nicht krankenversichert, das sind fast 2% der Wohnbevölkerung, die aufgrund ihrer prekären sozialen Lage nicht wissen, was sie mit ihren geringen Mitteln zuerst zahlen sollen: Miete, Lebensmittel oder Krankenversicherung?

*Frau S. schlägt sich als Ich-AG und Armutsunternehmerin mit Gebrauchsgrafiken durch den Alltag. Ihr dreijähriger Sohn leidet seit seiner Geburt an schwerem Asthma. Er braucht viel Zeit. Der Lohn ihre Arbeit ist unregelmäßig und gering. Loch auf Loch zu. So muss sie rechnen, einmal die Miete, einmal das Heizen, einmal das Telefon. Immer gibt es eine offene*

*Rechnung. Kaputt werden darf nichts: keine Boiler und keine Waschmaschine. Mit dem Einkommen gibt es kein Auskommen.*

Im Sozialstaat „rheinisch-korporatistischer“ Prägung wie in Österreich setzen sich prekäre Arbeitsverhältnisse und nicht durchgängige Erwerbsbiographien ungebrochen in den Systemen sozialer Sicherung fort. Dem stark am Versicherungsprinzip und am männlichen Ernährerhaushalt ausgerichteten Sozialstaatsmodell fehlen Mindestsicherungselemente sowie universelle Leistungen und es mangelt an Bildungschancen unabhängig sozialer Herkunft wie auch an eigenständiger Existenzsicherung für Frauen.

„Working Poor“ haben weder Freiheitsgewinn noch soziale Absicherung. Alle politischen Versprechungen messen sich an den zwei Parametern: Werden soziale Risiken im Alter, bei Krankheit oder Jobverlust abgesichert und werden Selbstbestimmungsspielräume für die Beschäftigten erweitert?

## **2. Das Ungeheuer von Loch Ness: Abstandsgebote und Armutstheoreme**

Musik aus. Alle rennen. Alle laufen um die Sessel in der Mitte herum, und wenn die Musik nicht mehr ertönt, versucht man sich einen Sitzplatz zu ergattern. Manche können nicht mehr schnell laufen. Blöd ist auch, dass wieder ein Sessel weggeräumt wurde. Ausgeschieden.

In den sich abzeichnenden Verteilungskämpfen um die Frage, wer die Kosten der Finanzkrise zu tragen hat, wird „Sozialhilfe kürzen“ und „Arbeitslosengeld runter“ wieder aufgewärmt werden. Das ist eine Debatte der Krise. Niedrige Arbeitslosenleistungen seien nämlich eine richtige Politik bei einer falschen Wahrnehmung durch die Betroffenen. Was aber, wenn es sich bei den Einwänden um eine richtige Wahrnehmung einer falschen Politik handelt?

Diese Politik beruht ideologisch auf dem so genannten „Abstandsgebot“ mit angeschlossenem „Armutfallen-Theorem“: Der Unterschied zwischen Erwerbsarbeit und Sozialleistungen sei zu gering, deshalb nehmen die Betroffenen keine Arbeit an. Und weil sie dann solange in Sozialhilfe sind, werden sie träge und verelenden.

Diese Theorie müsste dann stimmen, wenn ein großer Teil der Betroffenen dauerhaft in Sozialhilfe lebt. Die Forschung hat diese Annahme seit Jahren widerlegt, was ihrer

mythischen Wiederholung aber keinen Abbruch tut. Eine Mischung aus „gesundem Vorurteil“ und neoklassischer Modelltheorie hat sich zu einer stabilen Seinsgewissheit verbunden, die sozialempirische Daten als Modellstörung empfindet. Lasst uns mit der Realität in Ruhe! Das „Abstandsgebot“ ist wie das Ungeheuer von Loch Ness. Fast alle haben es schon gesehen, obwohl...

- Die Verweilzeit in Sozialhilfe ist kurz. In Österreich betragen die langfristigen Unterstützungsleistungen nur einen kleinen Teil an allen Sozialhilfeleistungen. Der überwiegende Anteil bezieht kurzfristige Aushilfen.

- Der Abstand zwischen dem aus Erwerbsarbeit erzielbaren Einkommen und dem Sozialhilfeanspruch ist bei Alleinverdienern ohne Kinder am größten (Verhältnis 2 zu 1), bei Familien mit einem Alleinverdiener und mehreren Kindern geht er gegen Null. In der Logik des Abstandsgebots muss angenommen werden, dass der Sozialhilfebezug bei Alleinstehenden am kürzesten, bei Alleinverdienern mit mehreren Kindern am längsten in Anspruch genommen wird, denn erstere verbessern ihre Einkommenssituation durch Arbeitsaufnahme stark, letztere dagegen kaum oder gar nicht. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verweildauer in Sozialhilfe ist bei Alleinverdienern mit mehreren Kindern am kürzesten (Bäcker & Hanesch, 1998)<sup>iv</sup>.

- Der Sozialwissenschaftler Wolfgang Voges (2001) kommt nach einem Vergleich von Daten aus zehn verschiedenen Städten Europas zum Schluss, dass durch hohe Sozialleistungen keinerlei Abhängigkeiten oder Armutsspiralen entstehen.<sup>v</sup> Dasselbe Ergebnis errechnet Robert Goodin (1999) für die Situation in den Niederlanden und in Deutschland. Im Vergleich zu den USA kommt er zum Ergebnis, dass trotz höherem Arbeitslosengeld in Deutschland und niedrigerem in den USA, Betroffene in den USA länger brauchen, um wieder einen Job zu finden.<sup>vi</sup>

- Dass wegen zu geringem Abstand zwischen Sozialleistung und zu erwartender Löhne keine Erwerbstätigkeit aufgenommen würde, wird auch durch Längsschnittdaten nicht bestätigt. Die Hallenser Längsschnittstudie von SozialhilfeempfängerInnen<sup>vii</sup> und das Sozio-Ökonomische Panel widerlegen empirisch was anekdotisch so sicher scheint. Arbeiten wie jene des deutschen Soziologieprofessors Georg Vobruba (2002) zeigen deutlich, dass SozialhilfebezieherInnen ihre Entscheidungen, „keinesfalls auf der Grundlage kurzfristiger Einkommenskalküle treffen“<sup>viii</sup>. Auch die Ergebnisse aus dem Niedrigeinkommenspanel (NIEP), das es erlaubt, den gesamten unteren Einkommensbereich der deutschen Wohnbevölkerung zu studieren, weisen in dieselbe Richtung. Auffällig ist, das hohe Maß an Eigeninitiative, das sich beispielsweise bei der Stellensuche zeigt. Von einem fatalistischen

Verharren in der prekären Situation kann keine Rede sein. „Die Forschungsergebnisse geben keinerlei Anlass zu der Annahme, den Menschen im unteren Einkommensbereich würde es in weiten Teilen an der notwendigen Eigeninitiative mangeln. Im Gegenteil: Auf diesem Aktivitätspotential sollte das institutionelle Hilfeangebot aufbauen“<sup>ix</sup>, so die StudienautorInnen Hans Jürgen Andreß und Anne Krüger (2004).

Die Betroffenen setzen sich zumeist aktiv mit ihrer Situation auseinander und versuchen ihr Leben auch unter schwierigen Umständen zu gestalten. Neben Einkommensfragen spielen hier auch immaterielle Aspekte, wie die Stigmatisierung durch Arbeitslosigkeit, Belastungen in Beziehungen und die Frage der Betreuung von Kindern eine Rolle. Nicht zuletzt ist, wie unterschiedliche Studien und auch eigenen Erfahrungen zeigen, neben finanziellen Fragen immer auch der Wunsch nach eigenem Tätigsein und Eingebundensein in eine Arbeitsgemeinschaft für die Aufnahme einer Arbeit mitentscheidend (vgl. Hagen, 2004)<sup>x</sup>. Die Betroffenen sehen sich eben nicht als Opfer, sondern versuchen ihr Leben zu gestalten. Sie sind klüger als die Abstandstheoretiker und handeln komplex wie es sich diese offensichtlich nicht vorstellen können.

Das Arbeitslosenversicherungssystem erklärt jedenfalls nur einen Bruchteil der Arbeitslosigkeit, während andere Faktoren wie Bildungs-, Finanz- und Wirtschaftspolitik eine wichtigere Rolle spielen. Seit Sigmund Freud wissen wir, dass die Lösung eines Problems nicht dort zu finden sein muss, wo das Problem sichtbar wird.

Wenn beim Sesseltanz die Musik aufhört und die Hälfte der Leute keinen Platz findet, hilft es nichts, wenn man die Musik schneller spielt.

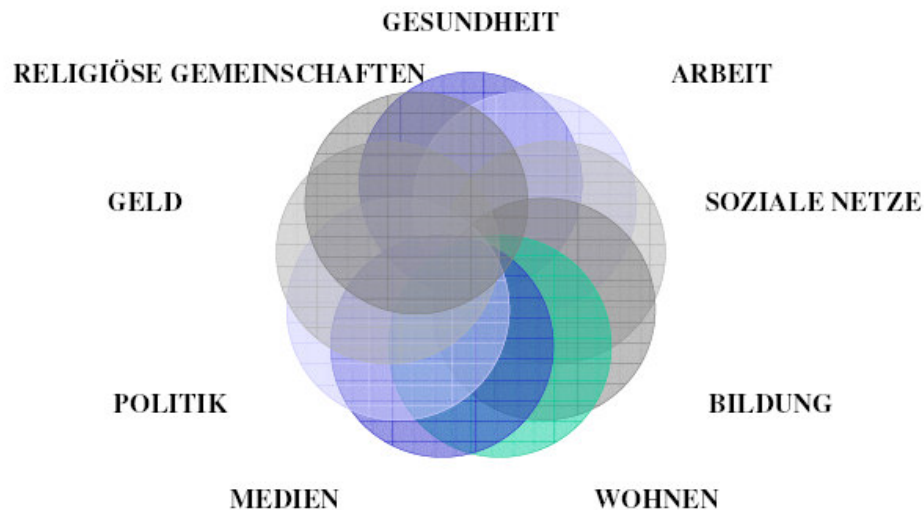
Musik an. Alle rennen.

### **3. Integration, Inklusion und Exklusion. Teilhabe**

Integration ist wörtlich übersetzt die Einbeziehung einzelner Teile in ein übergeordnetes Ganzes. In der wissenschaftlichen Debatte kommen mittlerweile Zweifel an der herrschenden Verwendung des Integrationsbegriffs auf. Denn die Vorstellung einer umfassenden Integration von Menschen in ein Gesellschaftssystem ist eine vormoderne Idee. Hier wurde die Zugehörigkeit von Personen zu einer bestimmten Gesellschaftsform – zu einer Familie, einem Dorf, zum Adel, Klerus oder Bauernstand bereits durch die Geburt festgelegt und bestimmte die Lebenschancen der Menschen nachhaltig: Einkommen und Vermögen,

Bildung, soziale Kontakte und Heiratsmöglichkeiten. Von gleichen Rechten, gleichen und gerechten Chancen ist da nicht die Rede.

Grafik 1: Systeme der Inclusion



**Inklusion:** heißt übersetzt „einschließen“. Mit den modernen Demokratien veränderte sich der Anspruch an den Integrationsmodus grundlegend. Eindeutig geregelte soziale Zuordnungen wie Adel, Arbeiter oder Bauernstand sollen nicht die Zukunftschancen der Bürger und Bürgerinnen bestimmen, sondern individualisierte Teilhabemuster werden bedeutend. Die moderne Gesellschaft ist vielmehr darauf angewiesen, dass Personen *nicht* integriert, sondern teil- und zeitweise in die verschiedenen Gesellschaftssysteme einbezogen werden: Als Erwerbstätige und Konsumenten ins Wirtschaftssystem, als Lernende ins Bildungssystem, als Kranke ins Gesundheitssystem, als Wähler ins Politiksystem, als öffentliche Person ins Mediensystem, als Bürger ins Rechtssystem, als Gläubiger in religiöse Systeme, usw. Um die Moralisierung und Kulturalisierung des Integrationsbegriffs zu vermeiden, spricht die Systemtheorie hier von Inklusion. Also drinnen sein: die Einbeziehung der Gesamtbevölkerung in die einzelnen Funktionssysteme wie Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Politik. Wer nicht inkludiert ist, ist exkludiert, also draußen.

Aber: Die am meisten Ausgeschlossenen sind gleichzeitig die am stärksten Eingeschlossenen. Wer liegengelassen wird, wird nicht mehr losgelassen. Auf paradoxe Weise sind die am meisten Ausgegrenzten die am stärksten Eingegrenzten. „Statt als Ausgrenzung aus der

Gesellschaft muss Exklusion als Ausgrenzung in der Gesellschaft verstanden werden. Erst dann werden die Ausgeschlossenen wieder in den Verhältnissen sichtbar, die sie ausschließen und mit denen sie sich auseinandersetzen. Die Ausgegrenzten sind Teil der Gesellschaft, auch wenn sie nicht an ihren Möglichkeiten teilhaben<sup>xi</sup> (Kronauer, 2006).

Grafik2 : Gute und schlechte Inklusion

	„schlecht“	„gut“
Exklusion ist...	I	II
Inklusion ist...	III	IV

Dass Inklusion „gut“ und Exklusion „schlecht“ sei, ist keine so ausgemachte Sache. Besonders an den Nahtstellen Arbeitsmarkt und Sozialhilfe, Erwerbstätigkeit und „schwer Vermittelbare“ wird das Mischungsverhältnis zwischen staatlicher Hilfe und Zwangsmaßnahme brisant. Für die Betroffenen kann „Ausschluss“ hinsichtlich staatlicher Verhaltensregulierung positive Seiten gewinnen (II, „Austritt“), oder eine derartige Inklusion als massiv freiheitsbegrenzend abgelehnt werden (III „Einschließung“). Will man die Dynamik von Inklusions- und Exklusionsprozessen verstehen, muss man sich also auf die Erforschung akteureigener Potentiale konzentrieren. „Die Akteure aktivieren diese Potentiale, um an die Inklusions- und Exklusionsprozesse, die sie als ‚gut‘ erachten, Anschluss zu finden und um jenen Exklusions- und Inklusionsprozessen, die sie als ‚schlecht‘ ansehen, zu widerstehen.“<sup>xii</sup> (Vobruba 2000, S.117).

„Drunten sein“ heißt „teilhaben“ an den Leistungen und Chancen der einzelnen Funktionssysteme unserer Gesellschaft. Teilhabe betont stärker die Mitbestimmung und die Handlungsressourcen, die Benachteiligten ein gutes Leben ermöglichen. Teilhabe bringt die Person als Akteur in den Blick. Als Korrektiv zum Inklusionsbegriff, der in seiner freiheitsbeschränkenden Form „einsperren“ bedeutet.

**4. Integrierter Ansatz: in Zusammenhängen denken. Türen öffnen.**

Armut ist multidimensional und ihre Entstehung multifaktoriell. Deshalb sind die Instrumente zu ihrer Bekämpfung auch multidimensional anzulegen. Für die Reduzierung der Armut braucht es einen ganzheitlichen Approach, einen integrierten Ansatz, die Fähigkeit in Zusammenhängen zu denken. So vermeiden zum Beispiel die höchsten Familiengelder allein Armut nicht, sonst müsste Österreich die geringste Kinderarmut haben; die hat aber Dänemark; mit einer besseren sozialen Durchlässigkeit des Bildungssystems, einem bunteren Netz von Kinderbetreuung wie auch vorschulischer Förderung und höheren Erwerbsmöglichkeiten von Frauen. „Arbeit schaffen“ allein vermeidet Armut offensichtlich nicht, sonst dürfte es keine working poor in Österreich geben. Eine Familie muss von ihrer Arbeit auch leben können. Und Anti-Raucherkampagnen allein vermeiden das hohe Erkrankungsrisiko Ärmere offensichtlich nicht, sonst würden arme Raucher nicht früher sterben als reiche Raucher. Deutsch Lernen allein reduziert Armut und Ausgrenzung offensichtlich nicht, sonst müssten die Jugendlichen in den Pariser Vorstädten bestens integriert sein, sprechen tadellos französisch, es fehlt aber an Jobs, Aufstiegsmöglichkeiten, guten Schulen. Ein Schlüssel braucht immer auch ein Schloss. Die einen investieren nur in Schlüssel die anderen vielleicht nur in Schlösser, und dann wundern sich alle, dass die Türen nicht aufgehen.

*Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich ([www.diakonie.at](http://www.diakonie.at)) und Mitbegründer der Armutskonferenz ([www.armut.at](http://www.armut.at)), Mitherausgeber des kürzlich im Studienverlag erschienenen „Handbuch Armut in Österreich“.*

---

<sup>i</sup> Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, EU-SILC 2007, Wien 2009.

<sup>ii</sup> Vgl. Ewald Walterskirchen: Aktive Beschäftigung in Österreich, WIFO-Studie, Wien 2006.

<sup>iii</sup> Hans-Jürgen Andreß, Anne Krüger: Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich, Berlin 2006, S. 126.

<sup>iv</sup> Gerhard Bäcker und Walter Hanesch: Landessozialbericht, Bd. 7: Arbeitnehmer und Arbeitnehmerhaushalte mit Niedrigeinkommen. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen 1998.

<sup>v</sup> Wolfgang Voges: Zwischen angemessener Unterstützung und sozialer Ausgrenzung: Sozialhilfe im europäischen Vergleich. Inklusion oder Exklusion durch existentielle Mindestsicherung? In: Christine Stelzer-Orthofer (Hg.): Zwischen Welfare and Workfare. Soziale Leistungen in der Diskussion, Linz 2001, S. 91-122.

<sup>vi</sup> Robert E. Goodin et al.: The Real Worlds of Welfare Capitalism, Cambridge 1999.

<sup>vii</sup> Petra Buhr et al: Wege aus der Sozialhilfe – Wege in den Arbeitsmarkt? In: Heinz, W. et al (Hg): Was prägt Berufsbiografien? 1998.

<sup>viii</sup> Georg Vobruba et al.: Wer sitzt in der Armutsfalle? Selbstbehauptung zwischen Sozialhilfe und Arbeitsmarkt, Berlin 2002, S. 304.

<sup>ix</sup> Hans-Jürgen Andreß und Anne Krüger: Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich, Berlin 2006, S. 130.

<sup>x</sup> Vgl. u.a. Christine Hagen: Wege aus der Sozialhilfe - Wege aus der Armut? Lebensläufe zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt 2004; Lisa Böckmann-Schewe, Ausstieg aus der Sozialhilfe durch berufliche (Re)Integration, in: Böckmann-Schewe et al (Hg): Frauen und Armut in Deutschland, Berlin 1998.

---

<sup>xi</sup> Martin Kronauer: Drinnen und Draußen, Oben und Unten, in: Die Armutskonferenz (Hg): Mut zum Möglichen! Armut ist vermeidbar. Wie ökonomische Mythen wirken. Warum soziale Alternativen realisierbar sind. Publikation zur 6. Österreichischen Armutskonferenz, 2006, S. 44.

<sup>xii</sup> Georg Vobruba: Alternativen zur Vollbeschäftigung, Frankfurt, 2000, S. 117.

TIPP: Neuerscheinung

**Handbuch Armut in Österreich**

Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann, Martin Schenk (Hrsg.)

800 Seiten, Studienverlag.

**Schande Armut. Stigmatisierung und Beschämung.**

Die Armutskonferenz (Hrsg.), Publikation zur 7. Österr. Armutskonferenz, Wien 2008.